

A 023 Landesbezirksjugendkonferenz Rheinland-Pfalz/Saar

(Lfd.-Nr. 1090)

Stand: 30.03.2015

Forderung von umfangreicheren gesellschaftspolitischen Bildungskonzepten an allgemeinbildenden Schulen

1 Die Bundesjugendkonferenz beschließt

Gesellschaftspolitische Themen müssen in den allgemeinbildenden Schulen umfangreicher und detaillierter durchgenommen werden. Für die Umsetzung des Beschlusses soll sich der ver.di Landesvorstand RLPS

5 sowie der ver.di Bundesvorstand bei den jeweiligen Bildungsministerien einsetzen.

Die Schulen sind verpflichtet, Schülerinnen und Schüler, unabhängig von Elternhaus und Herkunft, besser auf ein selbstständiges Leben vorzubereiten. Das derzeitige Bildungssystem behandelt das politische System der Bundesrepublik Deutschland wie z.B. Kommunalrecht, Wahlrecht, Europapolitik und damit verbundene betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretungen nicht umfassend genug. Wir müssen

10 der jungen Generation die Möglichkeit geben, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben und dazu ist es nötig, diese Themen in der allgemeinen Schulbildung möglichst umfangreich zu behandeln.

Zudem ist es zum umfangreichen Verständnis des politischen Geschehens wichtig, auch tagespolitische Aspekte regelmäßig zu thematisieren und zu hinterfragen.

15 Zur Ausweitung der persönlichen Handlungsfähigkeit gehört es auch, dass sich Schüler_innen mit Themen der Finanzplanung (u.a. Renten, Versicherungen, Steuern, Kredite etc.) beschäftigen.

Für ein möglichst offenes und soziales Miteinander ist es sehr wichtig, dass auch Toleranz gegenüber verschiedenen Kulturen, Religionen und sexuelle Orientierungen gefördert werden.

20 Auch Grundlegende Möglichkeiten der verschiedenen Bildungswege, sowie der Prozess zur Berufswegeplanung, müssen aufgezeigt und begleitet werden.

Dieses Gesamtpaket ist neben den Grundlagenfächern essenziell wichtig, um ein selbstbestimmtes und tolerantes Leben zu ermöglichen. Des weiteren soll es helfen, sich selbst besser in der Gesellschaft zu verorten und reflektieren zu können.

Empfehlung der Antragskommission

30 Annahme mit Änderungen:

- in Zeile 4-5 "der ver.di Landesvorstand RLPS sowie"
 - in Zeile 5 streichen "bei den jeweiligen Bildungsministerien"
- und Weiterleitung an den Bundeskongress

35 Entscheidung der Bundesjugendkonferenz

wie Empfehlung

abweichend von Empfehlung

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit an Allgemeinbildenden Schulen

1 Die Bundesjugendkonferenz beschließt

ver.di setzt sich für die Stärkung des DGB AK "Schule & Arbeitswelt" ein, welcher sich stark macht für: "Eine gute Schule für alle", für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit.

5 Die mitwirkenden Einzelgewerkschaften (IG Metall, ver.di, GEW und IG BCE) sollen in gleichem Maße einbezogen werden um Konkurrenzdenken untereinander zu vermeiden.

Dafür ist die Schaffung personeller Ressourcen durch Ehrenamtliche, in Form von Freistellung und Honorierung, sowie das Einrichten neuer Kapazitäten durch hauptamtliche Mitarbeiter_innen notwendig. Desweiteren fordern wir die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel.

10 Nur somit können die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit an allgemeinbildende Schulen und Berufsschulen geschaffen und gemeinsam Projekte initiiert werden.

Begründung

15 Wir stellen fest, dass sich Schule und Arbeitswelt einander annähern und sich das Verhältnis von beruflicher und allgemeiner Bildung verändert. Berufliche Inhalte werden früher und direkter in den Unterricht eingeführt. In der Konzeption berufsorientierender Bildungsangebote verschiebt sich Unterricht zur betrieblichen Praxiserfahrung, mit der Tendenz zur Dualisierung der Lernorte in den Abgangsklassen der Sekundarstufe I, insbesondere für benachteiligte Jugendliche. Neben den Arbeitsagenturen sind die Kooperationspartner

20 _innen von Projekten zur Berufsorientierung vornehmlich in der Wirtschaft angesiedelt (Betriebe, Unternehmensverbände, Kammern, Wirtschaftsinstitute).
Wir sind die Expert_innen gesellschaftspolitischer und beruflicher Bildungsarbeit und wir dürfen das Feld der Berufsorientierung nicht dem Wirtschaftslobbyismus und den Kammern überlassen.

25 Unser Ziel ist es, den Kontakt zwischen Schulen und Gewerkschaft zu intensivieren, damit Lehrer_innen und Schüler_innen besser über Arbeitswelt und wirtschaftliche Zusammenhänge informiert werden.

Die Schüler_innen von Heute, die sich im Übergang von Schule in Ausbildung befinden, sind unsere Jugend- und Auszubildendenvertretungen und potentiellen Gewerkschaftsmitglieder von Morgen. Sie sind es, die solidarisch für die Interessen der Jugend und damit der Beschäftigten im Betrieb kämpfen und streiten sollen. Damit wir dies als ver.di und als DGB Gewerkschaften in Zukunft weiterhin erfolgreich

30 gewährleisten sehen, ist es notwendig, dass wir uns den Entwicklungen von Schule und Arbeitswelt nicht verschließen. Wir dürfen uns den Schüler_innen als Interessenvertretung und Ansprechpartner_innen in Sachen Berufs- und Arbeitsweltorientierung nicht erst in ihrem Ausbildungsverhältnis vorstellen.

35 Als Ergänzung zur Ansprache in den Berufsbildenden Schulen und im Betrieb fordern wir, dass wir als kompetente Partner_innen für Jugendliche bereits in der Phase der Berufsorientierung gewerkschaftspolitisch erfahrbar werden.

Als Gewerkschaften kooperieren wir auf verschiedenen Ebenen mit den Allgemeinbildenden Schulen. Die DGB Arbeitskreise sind an landes- und bundesweiten Netzwerken angeschlossen. Zum Beispiel in der Initiative der Gewerkschaften "Schule und Arbeitswelt". Als ver.di fordern wir, dass dort wo einzelne Projekte oder bezirkliche Arbeitskreise für Schule und Arbeitswelt bestehen, wir diese Strukturen stärken und

40 ausbauen. Dazu braucht es die Unterstützung der ehrenamtlichen Kolleg_innen durch die Hauptamtlichkeit.

Bundesjugendkonferenz

50

Empfehlung der Antragskommission

Nichtbefassung

55

Entscheidung der Bundesjugendkonferenz

wie Empfehlung

abweichend von Empfehlung

A 025 Landesbezirksjugendkonferenz Bayern

(Lfd.-Nr. 1122)

Stand: 30.03.2015

Wiedereinführung des G9

1 **Die Bundesjugendkonferenz beschließt**

ver.di setzt sich für eine Wiedereinführung des neunstufigen Gymnasiums (G9) ohne Ausnahmen ein.

5 **Begründung**

Die negativen Auswirkungen des G8 durch erhöhte Lernbelastung, schlechte Qualität der Lehre und Überforderung der Schüler_innen sind offensichtlich und stehen grundsätzlichen sozialen und menschlichen Prinzipien der Gewerkschaften entgegen. Um eine optimale Qualität der Lehre und eine angemessene
10 Behandlung der Schüler_innen zu gewährleisten, ist eine Wiedereinführung des G9 auf jeden Fall notwendig. Schüler_innen sind keine Versuchskaninchen!

Empfehlung der Antragskommission

15

Ablehnung

Entscheidung der Bundesjugendkonferenz

20 wie Empfehlung

abweichend von Empfehlung